

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

Politik und Sicherheit

Wieder keine Fortschritte bei der Abrüstungskonferenz

HANS GÜNTER BRAUCH

Abrüstungskonferenz: auch 2004 keine substantiellen Ergebnisse – viele informelle Vorschläge – Beschluß zur verbesserten Einbeziehung von NGOs in die Arbeit der Konferenz – fünf Jahre Verabschiedung der Ottawa-Konvention gewürdigt.

(Dieser Beitrag setzt die Berichtsreihe von Hans Günter Brauch fort. Letzter Bericht: Siebenjährige Blockade, VN 1/2004, S. 19.)

Die Dauerblockade bei der *Abrüstungskonferenz* (*Conference on Disarmament – CD*), konnte auch 2004 nicht überwunden werden. Seit 1997 können sich die Mitgliedstaaten nicht auf ein Arbeitsprogramm einigen, mit der Folge, daß bei den Fragen der multilateralen Abrüstung seit acht Jahren keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Das in Genf tagende Gremium trat im Jahr 2004 wieder zu drei Sitzungsperioden von insgesamt 23,5 Wochen zusammen: vom 19. Januar bis 26. März, vom 10. Mai bis 25. Juni und vom 26. Juli bis zum 8. September 2004. Dabei lösten sich Kenia, Malaysia, Mexiko, die Mongolei, Marokko und Myanmar in der Präsidentschaft ab. An der Konferenz waren die Vertreter der 65 Mitgliedstaaten (Zusammensetzung: S. 80 dieser Ausgabe) beteiligt; 38 weitere Staaten entsandten Beobachter.

Die Abrüstungskonferenz konnte sich 2004 zumindest auf eine Tagesordnung einigen. Sie enthielt die folgenden acht Kernpunkte aus der Schlußerklärung der Ersten Sondergeneralversammlung für Abrüstung von 1978:

1. Beendigung des atomaren Wettrüstens;
2. Verhinderung eines Atomkriegs;
3. Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum;
4. effektive internationale Abkommen über Nichtatomwaffenstaaten;
5. Neue Massenvernichtungswaffen;
6. umfassendes Abrüstungsprogramm;
7. Rüstungstransparenz;
8. Diskussion und Annahme eines Jahresberichts.

Allerdings konnte sich die Konferenz erneut auf kein Arbeitsprogramm einigen, und sie setzte auch keinen Verhandlungsmechanismus in Gang.

I. In der ersten Sitzungsrunde schlug der Vertreter Syriens eine von Massenvernichtungswaffen freie Zone im Nahen und Mittleren Osten vor. Der iranische Außenminister, Kamal Kharrazi, verteidigte das Recht seines Landes auf Zugang zur Nukleartechnologie für friedliche Zwecke. Der Vertreter Frankreichs befürwortete die An-

nahme einer Tagesordnung in einem neuen Rahmen, während der Vertreter Marokkos auf neue Bedrohungen und deren ungleiche Wahrnehmung hinwies. Die kolumbianische Vertreterin betonte das Interesse ihres Landes, an der Erreichung eines Konsenses über das Arbeitsprogramm mitzuwirken, während der Vertreter der Slowakei auf die neuen Sicherheitsbedrohungen und Herausforderungen verwies und sich für einen Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke einsetzte.

In der gleichen Sitzungsrunde betonte der Vertreter Spaniens den engen Zusammenhang zwischen Abrüstungs- und Weiterverbreitungsfragen und die Notwendigkeit der Abrüstungskonferenz, sich an die neuen globalen Rahmenbedingungen anzupassen. Die Mitgliedstaaten einigten sich am 13. Februar 2004 darauf, nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) verbesserte Mitwirkungsmöglichkeiten an der Arbeit der CD einzuräumen. So sollen NGOs, die sich mit Abrüstungsfragen befassen, einmal im Jahr, nach der Verabschiedung des Arbeitsprogramms auf einem informellen Plenartreffen die Gelegenheit haben, Stellungnahmen abzugeben.

Aus Anlaß des 5. Jahrestags der Verabschiedung des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Anti-Personen-Minen und über deren Vernichtung (Ottawa-Konvention) berichtete der Botschafter Rumäniens über die Fortschritte bei der Umsetzung der Konvention in Südosteuropa. Der österreichische UN-Botschafter und designierte Präsident des »Nairobi-Gipfels für eine minenfreie Welt« (siehe dazu den Beitrag im Anschluß an diesen Bericht) Wolfgang Petritsch sowie die Vertreter Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens und der USA äußerten sich zur Ottawa-Konvention und zum Ziel dieser für den 29. November bis 3. Dezember 2004 angesetzten Überprüfungskonferenz. Am internationalen Frauentag am 8. März 2004 erinnerten einige Frauenorganisationen die Abrüstungskonferenz an ihre Aufgabe, den internationalen Abrüstungsprozeß voranzubringen. Vertreter Bangladeschs, Irlands, Japans, Kanadas und Schwedens sowie die Außenminister der Niederlande und Sri Lankas sprachen sich dafür aus, der Abrüstungsdiplomatie einen neuen Atem einzuhauchen. Ungeachtet der zahlreichen weiteren Abrüstungsappelle gab es in der Substanz keinerlei Fortschritte, da sich zwischen den gegensätzlichen Positionen kein Kompromiß abzeichnete.

II. Die zweite Verhandlungsphase begann am 13. Mai 2004 unter der Präsidentschaft Mexikos mit Erklärungen der Vertreter Israels, Kolumbiens, Myanmars, der Mongolei, Polens, Rumäniens, Rußlands, Sudans und der USA. Der polnische Vertreter machte auf eine Tagung der »Proliferation Security Initiative« (PSI) in Krakau aufmerksam. Die PSI, der die Russische Föderation am 31. Mai 2004 beigetreten ist, war im Mai 2003 vom amerikanischen Präsidenten ins

Leben gerufen worden, mit dem Ziel, den weltweiten Handel mit Massenvernichtungswaffen zu unterbinden. Der amerikanische Botschafter Jackie Sanders berichtete darüber hinaus über eine neue Initiative, die »Global Threat Reduction Initiative« des amerikanischen Energieministeriums, für das die USA 450 Mio. Dollar aufwenden wollen. Durch diese Initiative soll verhindert werden, daß Terroristen nukleares und radiologisches Material für Waffenzwecke erwerben. Er unterrichtete die Mitgliedstaaten auch über den Aktionsplan der G-8 zur Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen. Der sudanesischer Vertreter sprach für die arabische Staatengruppe, als er Israel zum Beitritt zum nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) aufforderte. Die Vertreter Kenias, der Mongolei und Norwegens lobten die informellen Plenarsitzungen, die allerdings auch in der zweiten Verhandlungsphase zu keinerlei substantiellen Fortschritten bei der Diskussion um ein Arbeitsprogramm führten.

III. Zu Beginn der dritten Verhandlungsphase regte der Botschafter der USA Verhandlungen über ein internationales Verbot des Verkaufs und des Exports von dauerhaften Anti-Personen-Minen sowie für ein Verbot der Herstellung spaltbaren Materials für Waffenzwecke an. Japans Botschafter befürwortete ebenfalls die Aufnahme von Verhandlungen für einen Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper (Fissile Material Cut-off Treaty – FMCT), eine Forderung, der sich auch der Vertreter Australiens anschloß. Außerdem berichtete der Japaner über eine Mitte Juli 2004 in Sapporo abgehaltene UN-Konferenz zu Abrüstungsfragen. Die Vertreter Chinas und Rußlands brachten neue Beiträge für die Ausarbeitung eines rechtlichen Instruments für ein Verbot von Waffen im Weltraum ein, und die Vertreter Frankreichs, Kanadas und Schwedens sprachen sich für eine erneute Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum (PAROS) aus. Die Vertreter Argentinien, Israels, Kasachstans und Malaysias nahmen zu den beiden konträren Vorschlägen der USA auf der einen Seite sowie Rußlands und Chinas auf der anderen Seite Stellung; Argentinien sprach sich für eine parallele Verfolgung beider Ziele aus. Nach Erklärungen der Vertreter Algeriens, Chiles, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, der Schweiz und der USA wurde zum Abschluß der dritten Verhandlungsrunde am 7. September 2004 der Jahresbericht an die 59. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN-Dok. A/59/27) angenommen, in dem erneut dokumentiert wurde, daß trotz intensiver Konsultationen über einige informelle Vorschläge, die Konferenz sich nun bereits im achten Jahr auf kein Arbeitsprogramm einigen konnte, das nach dem Konsensprinzip die Zustimmung aller an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten erfordert.

Seit dem erfolgreichen Abschluß eines Vertrags über das Umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty – CTBT) im Jahr 1996 wurde durch die Ablehnung seiner Ratifizierung im amerikanischen Senat nicht nur das Inkrafttreten dieses Vertrags verhindert, sondern seit 1997 durch die entgegengesetzten Positionen einiger Ständiger Mitglieder des UN-Sicherheitsrats der gesamte multilaterale Abrüstungsprozeß blockiert. Nur ein einziges multilaterales Abkommen – die Ottawa-Konvention – wurde 1997 außerhalb des Rahmens der Abrüstungskonferenz ausgehandelt.

Weitere Informationen über die *Conference on Disarmament auf der Homepage: <http://disarmament2.un.org/cd/>; Abschlußbericht: UN-Dok. A/59/27.* □

Nairobi-Gipfel für eine minenfreie Welt

HANS GÜNTER BRAUCH

Anti-Personen-Minen: Erste Überprüfungs-konferenz der Ottawa-Konvention – 144 Vertragsstaaten – USA nicht anwesend – Nairobi-Aktionsplan 2005–2009 angenommen.

(Dieser Beitrag setzt die Berichte von Hans Günter Brauch zum Thema *Anti-Personen-Minen fort. Vgl. Besonders grausame Waffen, VN 1/1997, S. 24f. sowie Aufwind in Ottawa, in VN 4/1998, S. 143f.*)

Aus Anlaß der Ersten Überprüfungs-konferenz der sogenannten Ottawa-Konvention fand vom 29. November bis 3. Dezember 2004 der »Nairobi-Gipfel für eine minenfreie Welt« statt. Das *Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Anti-Personen-Minen und über deren Vernichtung* war am 2. Dezember 1997 im kanadischen Ottawa verabschiedet worden und ist am 1. März 1999 in Kraft getreten. Zu Beginn dieser Ersten Überprüfungs-konferenz hatten 143 Staaten dieses Übereinkommen ratifiziert bzw. waren dieser Konvention beigetreten; darunter die meisten europäischen Staaten (außer Armenien, Aserbaidschan, Finnland, Lettland, Polen, Rußland und die Ukraine); in der westlichen Hemisphäre alle Staaten außer Haiti, Kuba und die USA; alle Staaten Afrikas südlich der Sahara außer Äthiopien und Somalia. Aber noch immer hat mehr als ein Viertel der UN-Mitgliedstaaten die Ottawa-Konvention nicht ratifiziert bzw. ist dieser noch nicht beigetreten. Dazu gehören viele Staaten in Asien, im Nahen Osten und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Sechs dieser Staaten: China, Indien, Nordkorea, Pakistan, Rußland und die USA verfügen schätzungsweise allein über 180 Mio. Anti-Personen-Minen in ihren Arsenalen.

Ziel der Ersten Überprüfungs-konferenz in Nairobi war:

- a) den Status und die Durchführung der Konvention zu überprüfen;
- b) falls erforderlich, Schlußfolgerungen zur Umsetzung der Konvention zu ziehen,

- c) den Bedarf an zukünftigen Treffen der Vertragsparteien zu erwägen und
- d) Entscheidungen zu Berichten der Vertragsparteien nach Artikel 5 der Konvention zu treffen.

Darüber hinaus verfolgten die Vertragsstaaten der Ottawa-Konvention das Ziel:

1. Fragen der Anti-Personen-Minen erneut ins öffentliche Bewußtsein zu bringen;
2. politische Verpflichtungen zur Bereitstellung von Ressourcen für die Umsetzung der Konvention zu erneuern;
3. die Verantwortung zu übernehmen, verminnte Gebiete zu räumen und Minenopfern zu helfen;
4. einen Aktionsplan zu verabschieden, die Ziele der Konvention im Zeitraum von 2005 bis 2009 zu erfüllen; und
5. die globale Akzeptanz der Konvention zu erhöhen.

Die Ottawa-Konvention verbietet den Vertragsparteien unter allen Umständen, Anti-Personen-Minen einzusetzen, zu entwickeln, herzustellen und anderweitig zu erwerben, zu lagern, aufzubewahren und direkt oder indirekt weiterzugeben. Seit Inkrafttreten der Konvention sind bis November 2004 von den 50 Staaten, die Anti-Personen-Minen herstellten, 33 Staaten Vertragsparteien der Konvention geworden. Seit Inkrafttreten haben zwölf Staaten weiterhin Anti-Personen-Minen eingesetzt (Äthiopien, Georgien, Indien, Irak, Israel, Kirgisistan, Myanmar, Nepal, Pakistan, Rußland, Sri Lanka und Usbekistan) und 15 Staaten (darunter Ägypten, China, Indien, Iran, Irak, Kuba, Myanmar, Nepal, Nord- und Südkorea, Pakistan, Rußland, Singapur, die USA und Vietnam) stellen diese immer noch her. Die universelle Akzeptanz der Konvention wird durch den Einsatz, die Lagerung und die Produktion solcher Minen durch nichtstaatliche Akteure gemindert. Bis November 2004 besaßen 126 Vertragsparteien keine Anti-Personen-Minen mehr, und insgesamt 37 Mio. Minen wurden seit 1997 vernichtet. 17 Vertragsstaaten (Afghanistan, Algerien, Angola, Bangladesch, Belarus, Burundi, Griechenland, Guayana, Guinea-

Bissau, Kongo, Mauritius, Serbien und Montenegro, Sudan, die Türkei, Uruguay, Zentralafrikanische Republik und Zypern) sind noch dabei, ihre rund 10,2 Mio. gelagerten Minen zu vernichten.

Insgesamt haben 49 Vertragsstaaten auf ihrem Territorium verminnte Gebiete gemeldet, von denen drei Staaten (Costa Rica, Dschibuti und Honduras) berichtet haben, daß sie ihre Verpflichtungen zur Entfernung der Minen erfüllt haben, während Albanien, Guatemala, Guinea-Bissau, Malawi, Nicaragua und Sambia die Minenräumung mit geringen Mitteln fast abgeschlossen haben. Bis Ende 2009 müssen noch weitere 24 Staaten die Minenräumung abschließen, was in einigen Fällen verstärkte Anstrengungen erfordert. Als erster Abrüstungsvertrag enthält die Ottawa-Konvention eine Verpflichtung, Opfer von Anti-Personen-Minen zu unterstützen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat allein 100 Mio. Dollar für Minenopfer bereitgestellt. Insgesamt 23 Staaten haben eine beträchtliche Anzahl von Minenopfern gemeldet, von denen viele zu den ärmsten Staaten gehören und deshalb Unterstützung bedürfen. Einige der besonders von Minen betroffenen Staaten haben Anleihen der Weltbank und Fördermittel zum Wiederaufbau nach Konflikten (post-conflict grants) erhalten. Zwischen 1997 und 2004 haben 38 Staaten über 1,14 Mrd. Dollar für die Entfernung von Anti-Personen-Minen bereitgestellt und 25 besonders von Minen betroffene Staaten haben zusätzlich aus eigenen Mitteln 300 Mio. Dollar aufgebracht. Insgesamt wurden zwischen 1997 und 2004 mehr als 2,7 Mrd. Dollar für die Entfernung von Anti-Personen-Minen und für Minenopfer bereitgestellt.

Von den 200 Mio. Dollar, die 2003 zum Zweck der Minenräumung von Vertragsparteien zur Verfügung gestellt wurden, trugen:

Norwegen	28,6 Mio. Dollar
Kanada	24,5 Mio. Dollar
Deutschland	23,6 Mio. Dollar
Großbritannien	20,3 Mio. Dollar
Japan	18,8 Mio. Dollar
Niederlande	14,3 Mio. Dollar
Schweden	13,0 Mio. Dollar
Dänemark	12,0 Mio. Dollar.

